

C 5-020 Schleswig-Holstein, tierisch fair – Tierschutz

Antragsteller*in: Julia Sievers-Langer (KV Stormarn)

Text

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

UKSH in Kiel oder Lübeck einrichten. Darüber hinaus soll das 3R-Prinzip (Replace, Reduce, Refine) flächendeckend ausgeweitet werden.

C.5.2. Tierschutz beim Essen

In vielen Kitas und Schulen wird noch zu viel Fleisch und Wurst angeboten - das ist problematisch für den Tierschutz, für das Klima und für die langfristige Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche die Chance bekommen, in der Kita- und Schulverpflegung Fleisch zu essen, das unter Beachtung von Tierschutzstandards produziert wurde. Das Essen in Bildungseinrichtungen sollte nicht im Widerspruch stehen zur Tierschutz-Bildungsarbeit. Durch die Förderung von Bildungsarbeit, die sich an Küchenpersonal, pädagogisches Personal, Kita- und Schulträger, Eltern und Kinder richtet, möchten wir erreichen, dass in Kitas und Schulen beim Fleischkonsum auf Qualität und Nachhaltigkeit statt auf Quantität gesetzt wird. Wir möchten dafür sorgen, dass in öffentlich finanzierten Einrichtungen die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zum Fleischkonsum verbindlich umgesetzt werden. Im Austausch mit Kita- und Schulträgern machen wir uns dafür stark, dass der Einsatz von tierischen Produkten in Bio-Qualität bei Caterern nachgefragt und in Ausschreibungen mit Zusatzpunkten bewertet wird.

Begründung

Mehr Engagement und mehr Bildungsarbeit ist nötig, damit Tierschutzbelange auch beim Essen mehr berücksichtigt werden. Die aus Tier- und Klimaschutzgründen notwendige Reduktion der Nutztierbestände (siehe Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft) muss verknüpft werden mit der Förderung veränderter Konsumgewohnheiten. Öffentliche finanzierte Einrichtungen sollten hier eine Vorbildfunktion ausüben. Durch die Nachfrage in öffentlichen Einrichtungen kann ein starker Hebel genutzt werden, um auch die Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion in Richtung Tierschutz und Nachhaltigkeit voranzubringen.

Angesichts der Tierschutzverpflichtungen und der hohen gesellschaftlichen Folgekosten des aktuellen Tierhaltungssystem und der Ernährungsgewohnheiten (auch im Hinblick auf Umwelt, Klima und Gesundheit) steht der Staat in der Verantwortung, in öffentlich finanzierten Einrichtungen anerkannte Tierschutz-, Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards beim Essen umzusetzen.

Hintergrund:

Laut Greenpeace verursacht der Konsum von Fleisch- und Milchprodukten Umwelt- und Klimaschäden in Höhe von rund sechs Milliarden Euro pro Jahr.

Auch die gesundheitlichen Folgekosten des hohen Fleischkonsums sind enorm. So kommt zum Beispiel eine Studie der University of London zu dem Schluss, dass allein der übermäßige Fleischkonsum von rotem und verarbeitetem Fleisch weltweit jährlich etwa 285 Milliarden Dollar an Gesundheitskosten verursacht (Springmann et al, 2018: Health-motivated taxes on red and processed meat: A modelling study on optimal tax levels and associated health impacts).

Unterstützer*innen

Erika von Kalben (KV Pinneberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Ruth Kastner (KV Stormarn); Wiebke Christin Nozulak (KV Stormarn); Ina Schaefer (KV Stormarn); Wilfried Janson (KV Stormarn); Anne Guttmann (KV Stormarn); Stefan Rehse (KV Stormarn); Wolf Tank (KV Stormarn); Milena Vanini (KV Kiel); Ulrike Müller-Kopsch (KV Stormarn); Frank Bracker (KV Herzogtum Lauenburg); Oliver Gutzeit (KV Stormarn); Stephan Wiese (KV Lübeck); Nadine Mai (KV Pinneberg); Hannah Hofmann (KV Stormarn); Gabrielle Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Susan de Vrée (KV Segeberg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Tjark Kaup (KV Pinneberg); Kirsten Linnow (KV Stormarn); Niklas Willma (KV Neumünster); Gerd Weichert (KV Dithmarschen); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg); Ute Wörner (KV Plön); Alexander Kretzschmar (KV Stormarn); Eike Christian Selonke (KV Kiel); Rolf Ebbers (KV Stormarn); Robert Kräuter (KV Flensburg); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Katja Kuncke (KV Lübeck); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Sabine Loof (KV Pinneberg); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Michael Böckenhauer (KV Ostholstein); Zoe Engel (KV Lübeck); Johannes Albig (KV Kiel)